

Politische Weichenstellungen

Jenseits der Steigerungslogik

Von Uwe Schneidewind und Angelika Zahrt

Arbeit, Gesundheit und Verbraucherschutz sind nur drei Beispiele für Bereiche, in denen die Politik aktiv dazu beitragen kann, dass Menschen ein gutes Leben führen und mitgestalten können. Bislang geschieht das zu wenig, weil das Wachstumsmantra des Bruttoinlandsprodukts den Blick auf soziale und ökologische Notwendigkeiten verstellt.

—Moderne Gesellschaften bedürfen einer Orientierung am rechten Maß – einem rechten Maß für Zeit und Raum, für Besitz und Markt. (1) Das „Immer weiter, immer schneller, immer mehr“ führt nicht nur zu einem wachsenden Umwelt- und Ressourcenverbrauch, sondern zunehmend auch zu ökonomischer und sozialer Destabilisierung. Doch wer Suffizienz nur als Orientierungsmuster für individuelles Handeln versteht, verkennt, wie stark unser Handeln in politisch geschaffene Strukturen eingebunden ist. Suffizienz braucht deswegen eine Politik, die suffizientes Leben erleichtert (vgl. S. 24 ff.). Eine solche Suffizienzpolitik kann an unterschiedlichen Punkten ansetzen. Sie muss orientieren, indem sie immer wieder deutlich macht, dass „gutes Leben“ jenseits einer Steigerungslogik möglich ist. In bedürfnisnahen Politikfeldern kann sie konkret gestalten und Rahmenbedingungen für suffizientes Leben schaffen; in der Verkehrspolitik genauso wie in der Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik oder in der Wohnungsbaupolitik und der Stadtplanung.

Suffizienzpolitik muss insbesondere aber rahmen, das heißt einen Ordnungsrahmen schaffen, der nicht auf materielles Wachstum, sondern auf einen umfassenden Wohlstand zielt. Dies gilt umso mehr in einer Zeit, in der sich immer stärker die ökologischen und sozialen Nebenwirkungen und Grenzen der bisherigen rein wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik zeigen. Ein solcher Ordnungsrahmen besteht aus unterschiedlichen Bausteinen: Neue Maße zur Messung des Wohlstands lösen die Orientierung am Bruttosozialprodukt ab, die Wettbewerbs- und Ordnungspolitik schützt die Gemeingüter und entzieht sie der Kommerzialisierungs- und Privatisierungslogik. Weitere Bausteine sind suffizienzfördernde Infrastrukturen und eine Verteilungspolitik, die das Maß an Ungleichheit in Gesellschaften in Grenzen hält. Letzteres ist schon deshalb essenziell, weil der subjektiv empfundene Wohlstand in entwickelten Gesellschaften sehr viel stärker mit dem Grad an sozialer Gleichheit korreliert als mit der Höhe des Bruttosozialprodukts.

Im zeitgemäßen Liberalismus ankommen

Reduziert man die Bürger(innen) einer Gesellschaft auf ihren Status als Konsument(inn)en, dann wird Liberalismus zu einem reinen Konsumliberalismus: Jede(r) kann alles und überall das kaufen und konsumieren, was, wo und wie er oder sie möchte – von der Fernflugreise über das hochmotorisierte Auto bis zur Jetski-Nutzung im Urlaub. Diese Form des freien Konsums für freie Bürger(innen) birgt Tücken: Sie steht nur denjenigen offen, die über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, um sich einen solchen Konsum zu erlauben.

Die Ausübung dieses Konsums aber schränkt schnell die Freiheits- und Entfaltungsrechte anderer ein, die unter den Folgen des Konsums leiden müssen: etwa die Radfahlerin, die sich angesichts großvolumiger Autos im Straßenverkehr nicht mehr sicher fühlt, oder der sich nach Ruhe sehrende Badegast, der durch Jetski-Fahrer gestört wird, oder diejenigen, die in den Einflugszonen von Flughäfen unter Fluglärm leiden. Gar nicht berücksichtigt sind dabei die Freiheitsrechte der Menschen weltweit, die die Folgen des durch unseren Konsum ausgelösten Klimawandels oder anderer Umweltschäden zu ertragen haben. Suffiziente Lebensweisen sind in aller Regel wenig invasiv, das heißt, sie schränken andere in der Entfaltung ihrer Lebensentwürfe kaum ein.

„ **Eine suffiziente Gesellschaft ist nicht vorrangig auf die Funktionsfähigkeit der Menschen im ökonomischen System ausgerichtet.** “

Im deutschen Grundgesetz regelt Paragraph 14 Abs. 2, dass „Eigentum verpflichtet“. Die Ausübung eigener Freiheitsrechte gerät immer dort an Grenzen, wo sie die Freiheitsrechte anderer beeinträchtigt. Genau für diesen Ausgleich bedarf es der politischen Rahmensetzung. Gute liberale Politik hat daher die Bürger(innen) nicht nur als Konsument(inn)en, sondern als Staatsbürger(innen) im Blick; sie sieht nicht nur die Nation, sondern die Weltgemeinschaft, nicht nur die derzeitige Generation, sondern auch künftige. Ein zeitgemäßer Liberalismus zielt darauf, möglichst allen Bürger(inne)n auf der Welt individuelle Entfaltung zu ermöglichen.

Andere Prioritäten in einer suffizienten Gesellschaft

Ein wichtiger, bisher wenig diskutierter Zugang einer Suffizienzpolitik sind Politikbereiche, die ein suffizientes Leben und Wirtschaften ermöglichen können. Die Bereiche, die solche Ressourcen schaffen können, stehen heute noch häufig im Bann des Mantras vom ökonomischen Wachstum. Sie konzentrieren sich daher darauf, bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen und den Konsum zu steigern. Dabei können Politikfelder wie die Arbeits-, Bildungs-, Gesundheits- oder Verbraucherpolitik wesentlich dazu beitragen, dass der oder die Einzelne ein gutes Leben führen und mitgestalten kann, indem sie die entsprechenden Fähigkeiten und Ressourcen, etwa Bildung, Wissen, souveränes und autonomes Orientieren, fördern.

Eine suffiziente Gesellschaft ist nicht vorrangig auf die Funktionsfähigkeit der Menschen im ökonomischen System ausgerichtet. Sie orientiert sich an einem Bild des Menschen als soziales und kulturelles Wesen, dessen ökonomische Bedürfnisse einen Teil seiner vielfältigen Bedürfnisse ausmachen. Den US-amerikanischen Wissenschaftlern Robert und Edward Skidelsky zufolge sind diese Bedürfnisse (in absteigender Reihenfolge): Gesundheit, Sicherheit, Respekt, Entfaltung der Persönlichkeit,

Harmonie mit der Natur, Freundschaften und Muße. (2) Ressourcenpolitiken zielen nunmehr darauf, die Bedingungen dafür zu verbessern, diese Bedürfnisse zu befrieden, unabhängig von ihrem etwa in einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts messbaren Effekt.

Chancen einer neuen Gesundheitspolitik

Gesundheit ist ein zentrales menschliches Bedürfnis, ein Ausdruck guten Lebens. Lange Zeit wurde versucht, ein höheres Maß an Gesundheit durch höhere Ausgaben für das Gesundheitssystem zu erreichen. Diese Logik ist mittlerweile an ihre ökonomischen Grenzen geraten. Wachstum im Gesundheitssektor kann sogar mit kontraproduktiven Effekten verbunden sein: So mehren sich die Nachrichten über eigentlich unnötige Knie- und Hüftoperationen, um die Auslastung von Geräten und Krankenhäusern zu gewährleisten. Schönheitsoperationen erleben einen Boom. Und die Hauptumsatzbringer für die meisten pharmazeutischen Unternehmen sind Medikamente, die gegen klassische Wohlstandskrankheiten wie Herz-/Kreislaufkrankungen oder durch Fehlernährung erworbenen Diabetes helfen. Diese Krankheiten werden durch individuelle Lebensstile mit verursacht.

Eine Gesundheitspolitik für ein gutes Leben muss daher konsequent andere Impulse setzen und es durch Bedingungen und Anreize erleichtern, ein gesünderes Leben zu führen. Dazu zählen beispielsweise gesundheitsfördernde Maßnahmen am Arbeitsplatz – schließlich gehen Stress und damit verbundene Krankheiten stark auf die Form und Art der Arbeitsorganisation zurück – oder eine Stadtplanung, die Stadtgrün, Parks, Naherholung sowie den Fuß- und Radverkehr fördert. Sich zu Fuß und mit dem Rad bewegen zu können, sich mit anderen auszutauschen, neue Fähigkeiten zu erwerben – all dies befördert Gesundheit und wird durch sie erst ermöglicht. Eine suffiziente Gesundheitspolitik richtet sich stärker an der Vorsorge statt an der Nachsorge aus und belohnt Patient(inn)en, die entsprechende Anstrengungen unternehmen. Hier motivieren Eigenbeteiligung, prämienbezogene Anreize zur Gesundheitsförderung und Hausarztmodelle zur Gesundheitsvorsorge. Diese Maßnahmen tragen zu einem hohen Gesundheitszustand in der Schweiz bei und verursachen gemessen am Bruttosozialprodukt sehr viel geringere Kosten als in anderen Volkswirtschaften.

Darüber hinaus prägt eine suffiziente Gesundheitspolitik neue Leitbilder für unser Verhältnis zu Gesundheit und Krankheit, die von überzogenen Schönheitsidealen absehen und die körperliche Begrenztheit unserer Existenz akzeptieren. Jede(r) Einzelne wird widerstandsfähiger, wenn sie oder er Krankheit, Leiden und Tod als ein elementares Moment menschlicher Existenz akzeptiert, und die Fähigkeit mit ihnen umzugehen wächst. Hierbei handelt es sich um psychische und spirituelle Ressourcen, die die Ganzheitlichkeit eines guten Lebens fördern.

Ganzheitliche Arbeitspolitik berücksichtigt auch Nichterwerbsarbeit

Arbeit ist ein vielschichtiges Phänomen. In modernen Gesellschaften hat sie weit mehr Funktionen, als nur den Lebensunterhalt zu sichern. Arbeit ist ein Weg zur sozialen Teilhabe, Arbeit vermittelt über die Bezahlung und/oder Anerkennung die Wertschätzung der eigenen Person. Sehr häufig ermöglicht sie es, persönliche Fähigkeiten zu entfalten. Gutes Leben hat daher sehr viel mit der Art der Arbeit und der ihr entgegengebrachten Anerkennung zu tun. Der ökonomische Blick auf die Arbeit ist dagegen weit stärker reduziert. Er konzentriert sich ausschließlich auf Erwerbsarbeit, das heißt bezahlte Arbeit in ökonomischen Wertschöpfungsprozessen. Und hier zählt eine möglichst hohe Arbeitsproduktivität, das heißt, dass die pro bezahlter Arbeitsstunde erbrachte Wertschöpfung möglichst hoch ausfällt.

Eine ganzheitliche Arbeitspolitik konzentriert sich nicht allein auf Erwerbsarbeit, sondern nimmt die vielen Formen von Nichterwerbsarbeit in den Blick: Sorge-, Pflege- und Familienarbeit, bürgerschaftliches Engagement sowie neue Formen der Eigenarbeit und Selbstversorgung. (3) Ein Großteil gesellschaftlicher Wertschöpfung wird in diesen Bereichen erbracht, ohne dass sich dies im Bruttoinlandsprodukt niederschlägt. Nach Erhebungen des Statistischen Bundesamts werden in Deutschland mehr Arbeitsstunden in Nichterwerbsarbeit als in Erwerbsarbeit geleistet.

Es spricht daher vieles dafür, eine Arbeitspolitik zu entwerfen, die alle Formen der Arbeit gleichberechtigt berücksichtigt und sich insbesondere des Zusammenspiels von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit annimmt. Die damit verbundenen Herausforderungen sind erheblich, da auch unsere gesamten sozialen Sicherungssysteme auf dem System der Erwerbsarbeit aufbauen. Zudem sind die Kultur der Anerkennung und soziale Integrationsmuster bei der Nichterwerbsarbeit bei Weitem noch nicht

in dem Ausmaß etabliert wie bei der Erwerbsarbeit. Dennoch eröffnet eine derart erweiterte Arbeitspolitik Perspektiven für ein gutes Leben jenseits von weiteren Steigerungen des Bruttosozialprodukts. Es lohnt daher Ansätze einer ganzheitlichen Arbeitspolitik zu erproben und weiterzuentwickeln. Bausteine hierfür sind Arbeitszeitmodelle, die neue Formen des Nebeneinanders von Erwerbs- und Eigenarbeit ermöglichen. Genauso wichtig ist es, die sozialen Sicherungssysteme weiterzuentwickeln, um sie von der Erwerbsarbeit unabhängiger zu machen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist dabei nur ein (gleichwohl) hitzig diskutierter Vorschlag.

Weltweite Lieferketten im Blick

Grundpfeiler der aktuellen Verbraucherpolitik sind die Gewährleistung eines funktionierenden Wettbewerbs, Transparenz des Markts und die Sicherstellung individueller Schutzrechte. Das Ziel ist, dass Menschen gute und preiswerte Produkte kaufen können, dass sie dies informiert tun können und Rechte haben, die sie schützen.

Inzwischen stellen sich der Verbraucherpolitik aber neue Anforderungen: Das Leitbild der Nachhaltigkeit mit seinem weltweiten und generationenübergreifenden Gerechtigkeitsanspruch erfordert, nicht nur das Wohlergehen der einheimischen Konsument(inn)en zu sehen, sondern auch die Herstellungsbedingungen der Produkte in den weltweiten Lieferketten in den Blick zu nehmen. Hier hat Verbraucherpolitik die Aufgabe, sich auch international für menschenwürdige Standards und den Schutz von Umwelt und Natur einzusetzen und den Verbraucher(inne)n die Möglichkeit zu geben, verantwortlich zu konsumieren. Sie sollte die Konsument(inn)en darauf vorbereiten, dass die Zeiten des billigen Konsums auf Kosten anderer zu Ende gehen, dass höhere Preise bei fairen Bedingungen die Folge sein werden und Einschränkungen in der Menge der Konsumgüter auf sie zukommen.

Anstatt generell das Ziel möglichst niedriger Preise für alle zu verfolgen, setzt sich eine suffiziente Verbraucherpolitik dafür ein, die Probleme zu lösen, die sich für einkommensschwache Gruppen ergeben; etwa durch verstärkte Beratung über Einsparmöglichkeiten. Außerdem geht sie das Problem der geplanten Obsoleszenz an und steckt der Werbung engere Grenzen. Die Verbraucherbildung und -beratung schließlich wird die kritische Kompetenz stärken. Das heißt, sie ermöglicht es, dass Konsument(inn)en sich über die Bedürfnisse, die hinter dem Kaufwunsch stehen, klarwerden

und die ökologischen und sozialen Folgen eines Kaufs mit einbeziehen. Und sie wird dazu einladen, über die Beziehung von Güterbesitz und Glück nachzudenken. Wie gezeigt, ist Suffizienz eine politische Aufgabe. Sie umfasst nicht nur Politikbereiche, die unmittelbar auf der Hand liegen wie die Mobilitäts-, Ernährungs- oder Wohnpolitik, sondern reicht in viele flankierende Politikfelder hinein. In diesen gilt es jetzt herauszuarbeiten, wie sie am besten die notwendigen Fähigkeiten, um ein gutes Leben zu führen, stärken können, und welche Verbindungen zu anderen Bereichen bestehen. Das macht Suffizienzpolitik zu einer zugleich faszinierenden und herausfordernden Querschnittsaufgabe. ———

Anmerkungen

- (1) Der Artikel basiert auf Auszügen aus dem 2013 im oekom verlag erschienenen Buch „Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik“ von Uwe Schneidewind und Angelika Zahrnt.
- (2) Skidelsky, Robert/Skidelsky, Edward (2013): Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens. München.
- (3) politische ökologie: Anders arbeiten. 125/2011. München.



Wann ist bei Ihnen das Maß voll?

- a) Immer dann, wenn es heißt: Da gibt es keine Alternative.
- b) Wenn das gute Leben im Terminkalender untergeht.

Zum Autor, zur Autorin

a) Uwe Schneidewind, geb. 1966, ist Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie.

b) Angelika Zahrnt, geb. 1944, ist Volkswirtin. Sie war bis 2007 Vorsitzende des BUND und ist seither dessen Ehrenvorsitzende.

Kontakt

Prof. Dr. Uwe Schneidewind
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
Döppersberg 19
D-42103 Wuppertal
E-Mail Uwe.Schneidewind@wupperinst.org

Prof. Dr. Angelika Zahrnt
Hollmuthstr. 2a
D-96151 Neckargemünd
Fon ++49/(0)6223/722 26
E-Mail a.zahrnt@bund.net